



Partner Türkei: Politik, Gesellschaft und EU-Perspektive

Internationale Konferenzreihe der Südosteuropa-Gesellschaft

in Kooperation mit

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Berlin
Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), Bonn/Berlin
Europäische Akademie Berlin
Körper-Stiftung, Hamburg/Berlin

**Kurze thematische Zusammenfassung zu den
4 Expertentagungen von November 2003 bis September 2004**

Entwicklung der Beziehungen zwischen EU und Türkei seit 1963

Datum	Dok.-Nr.	Inhalt des Dokuments / Beschlüsse
Sept. 1963	6 4 / 7 3 2 / EWG ABL 217	Assoziierungsabkommen zwischen EWG und Türkei; darin enthalten eine Option zur späteren Mitgliedschaft der Türkei; asymmetrische Öffnung der Warenmärkte; Zollunion als Ziel; einseitige Finanzhilfen
1970 w i r k s a m seit 1973		Zusatzprotokoll: höchstens 22-jährige Übergangszeit für die Zollunion; unbefristete Endphase
1987		Aufnahmeantrag; ohne Frist zurückgestellt bis 1997
2 1 . / 22.06.93	ABL C 176	Europäischer Rat, Kopenhagen: Festlegung der "Kopenhagener Kriterien" für beitrittswillige Staaten
01.01.96		Zollunion zwischen EU und Türkei
Dez. 1997	SN 300/97	Europäischer Rat, Luxemburg: Beitritt kommt in Frage; EU-Kommission soll länderspezifische Strategie für den Beitritt entwickeln; Erweiterung der Zollunion auf die Bereiche Dienstleistung und Landwirtschaft Aber: keine Aufnahme in den Kreis der beitriffähigen Länder
März 1998	ABL L 35	Europäische Kommission: Mitteilung über eine "Europäische Strategie für die Türkei"
Juli 1998		Vorschläge der Türkei: Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union
1 1 . / 12.12.99	00300/1/99	Europäischer Rat, Helsinki: Beschluss, wonach "die Türkei ein beitriffwilliges Land ist, das auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitriffwilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll"; d.h. Kopenhagener Kriterien (institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung von Menschenrechten, Schutz von Minderheiten, funktionierende Marktwirtschaft und Übernahme des rechtlichen Besitzstandes der Union) Nominierung der Türkei als Beitrittskandidat; Beginn von Beitrittsverhandlungen wird von der Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen abhängig gemacht
Feb. 2001		Verordnung des Europäischen Rates über die Hilfe für die Türkei im Rahmen der Heranführungsstrategie und insbesondere über die Errichtung einer Beitrittspartnerschaft
Okt. 2002	SEK (2002) 1400-1412	Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt
12.12.02	400/02	Europäischer Rat (Kopenhagen) beschließt, dass Ende 2004 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden wird Paket zur Vertiefung der Heranführungsstrategie: intensivierter Abgleich der Rechtsvorschriften, Ausweitung der Zollunion, Aufstockung der finanziellen Unterstützung
13.12.02	400/02	Kopenhagen: "Berlin-Plus": NATO-EU-Türkei Kooperationsabkommen
19.05.03	11638/03	Thessaloniki: überarbeitete Beitrittspartnerschaft vom Rat angenommen

Klare Analyse und sachliche Beurteilung der Beitrittsbemühungen

Seit im Dezember 1999 der Kandidatenstatus beschlossen wurde, hat es um die Frage der Beitrittsperspektive der Türkei sehr kontroverse und zum Teil unsachliche Diskussionen gegeben. Die Südosteuropa-Gesellschaft bemüht sich mit ihrer Veranstaltungsreihe um eine Versachlichung der Diskussion und ein solides, wissenschaftlich haltbares Faktengerüst im Vorfeld der Entscheidung über die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Dezember 2004. Entlang der "Kopenhagener Kriterien" wird eine klare Analyse des politischen Zustandes vorgestellt, um eine intensive und rationale Diskussion über eine EU-Integration der Türkei führen zu können.

Vortragende und Diskutanten sind Experten aus Wissenschaft, Politik und Medien aus Deutschland und der Türkei, die in der Lage sind, die Ergebnisse der EU-Fortschrittsberichte und den Reformfortschritt in den Gesamtkontext des Themas einzuordnen.

Der erste Themenblock zur Demokratieentwicklung in einer muslimisch geprägten Gesellschaft befasste sich mit Fragen zur Demokratieentwicklung, Parteienstruktur, demokratischen Institutionen und dem politischen Islam. Die Analysen der Experten zeigen, dass Säkularität gesellschaftlich und institutionell in der Türkei viel mehr verankert ist als angenommen, der Einfluss der islamischen Fundamentalisten ist eher gering einzuschätzen. Statt dessen liegt der entscheidende Reformansatz in der Modernisierung der festgefahrenen kemalistischen Strukturen.

Im zweiten Block standen die geopolitischen und die europäischen strategischen Interessen im Vordergrund. Die Nähe der regionalen Interessen der Türkei zu den Sicherheitsinteressen Europas wurde herausgearbeitet. Unbestreitbar hat der Nato-partner Türkei eine wichtige Brückenfunktion für die europäischen Sicherheitsinteressen im Nahen und Mittleren Osten.

Die dritte Veranstaltung griff die Frage nach Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und dem Minderheitenschutz auf und fragte nach durchgeführten Gesetzesänderungen ebenso wie nach der Rechtspraxis im Land. Während auf der Gesetzesebene große Fortschritte erreicht wurden und auch die zivile Kontrolle des Militärs schrittweise verbessert wurde, sind beim Minderheitenschutz und dem Recht der freien politischen Betätigung noch Defizite aufzuarbeiten. In all diesen Bereichen wird es auf die tatsächliche Umsetzung der Gesetze ankommen.

Die vierte Veranstaltung Anfang September 2004 wird sich mit der Türkei als Wirtschaftspartner befassen, das ökonomische Potential und die Wirtschaftsverfassung im Hinblick auf die EU-Anforderungen prüfen.

Die Themenschwerpunkte der Veranstaltungen

1. Demokratieentwicklung in einer muslimisch geprägten Gesellschaft

Führende Experten aus der Türkei und Deutschland diskutierten über Fragen, die bei der Einschätzung der EU-Reife der Türkei (im Sinne der politischen Kriterien von Kopenhagen) eine wichtige Rolle spielen müssen: den Stand der Demokratisierung, die Rolle des Kemalismus und des Militärs, die Bedeutung der Religion und des Islamismus, Parteiensystem und Parteiengesetze.

1. Im Grundsatz sind die Prinzipien einer (europäischen) liberalen Demokratie fest im Selbstverständnis von Staat und Gesellschaft in der Türkei verankert – darin sind sich die Experten einig. Besondere Beachtung erfordert jedoch die spezifisch türkische Realität des Kemalismus, der mit seiner Vorstellung vom einheitlichen und mächtigen Staat zunehmend mit den modernen Werten von Liberalität und Bürgerrechten kollidiert und damit zu einem Hindernis für demokratische Reformen geworden ist. Die entscheidenden politischen Trennlinien in der Türkei verlaufen heute quer durch Politik und Gesellschaft: Ein harter Kern innerhalb der Staatsbürokratie, von nationalistischen Kreisen von links und rechts und Teilen der Armee verkörpern den "tiefen Staat" und halten das Projekt der EU-Integration für einen unzumutbaren Souveränitätsverzicht. Wachsende Teile der Gesellschaft und sogar der Armeeführung stehen dagegen heute auf der Seite der EU-Befürworter. Diese Kräfte werden durch eine klare Beitrittsperspektive der EU deutlich gestärkt.
2. Das Schicksal des demokratischen Reformprojekts in der Türkei entscheidet sich wesentlich daran, ob es gelingt, typische Institutionen des Kemalismus in ihrer politischen Rolle zurückzudrängen: Dies sind vor allem die Armee und der Nationale Sicherheitsrat (hier hat die amtierende Regierung bedeutende Schritte unternommen), die Staatssicherheitsgerichte, aber auch die staatliche Religionsbehörde.
3. Welche Rolle spielt der überwiegend muslimische Charakter der Türkei für deren Reformfähigkeit? Der Kemalismus garantiert die Aufrechterhaltung des Laizismus-Prinzips, der Trennung zwischen Staat und Religion. Andererseits instrumentalisiert er die Religion zur Stärkung und Sicherung der nationalen Einheit. Die derzeit regierende AKP, so die Einschätzung, ist weit treffender als "demokratisch-konservativ" zu kennzeichnen denn als islamistisch – ihre Politik ist jedenfalls weit eher auf eine Europäisierung als auf eine Islamisierung der Türkei gerichtet. Im Zuge rascher sozialer Umwälzungen spielt die (islamische) Religion verstärkt eine Rolle im Alltagsleben der Menschen in der Türkei. Doch der politische Islam, der die Sharia einführen möchte, einschließlich derjenigen Gruppen, die vor terroristischer Gewalt nicht zurückschrecken, hat in der Türkei eine eher marginale Position, stellt er doch ein Feindbild für Kemalisten, regierende AKP und insgesamt EU-Befürworter gleichermaßen dar. Dennoch ist der politische Islam durch seinen (versuchten) Einfluss auf die Jugend unter den traditionell gläubigen Muslimen eine ernst zu nehmende Gefahr. Dieser kann am besten begegnet werden, wenn die "nachholende Europäisierung" der Türkei rasch vollzogen und somit neue identitätsstiftende Vorbilder gerade auch für die Jugend in der Türkei geschaffen werden.
4. Als problematisch werden die in der Türkei geltenden Parteiengesetze gesehen. Parteien müssen in mindestens 41 von 80 Bezirken registriert sein, um für die Nationalversammlung zu kandidieren. Dies hat zusammen mit der geltenden Zehn-Prozent-Hürde zu einer politischen Legitimationskrise geführt: Nur eine Minderheit

der Bevölkerung wird durch die im Parlament vertretenen Parteien repräsentiert. Personenkult, fehlende innerparteiliche Demokratie, enge Verbindung zwischen Parteien und wirtschaftlichen Interessen, Korruption und Klientelismus haben zu einem Vertrauensschwund geführt, der in den vergangenen Jahren viele der bisher mächtigsten Parteien in das parlamentarische Abseits geführt hat. Die regierende AKP genießt bislang ein großes Vertrauen bei der Bevölkerung, wie die Kommunalwahlen im März 2004 gezeigt haben.

2. Sicherheitspartner Türkei

Die Türkei ist wegen ihrer Bevölkerungszahl, ihrer relativ fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung und ihres erheblichen Militärpotentials ein wichtiger Faktor in der Region des Nahen und Mittleren Ostens, dem Kaukasusgebiet und auf dem Balkan. In allen diesen Regionen verfolgt die Türkei strategische nationale Interessen, die sowohl für die USA wie auch für die Europäische Union von Bedeutung sind.

Türkische strategische Interessen richten sich vorwiegend auf:

- die Bereinigung der Spannungen im östlichen Mittelmeer (Zypern und griechisch-türkische Differenzen), um die Beitrittsaussichten zur EU nicht zu gefährden,
- Entwicklung als Energiedrehscheibe für die kaspischen Energieressourcen (Öl- und Gaspipelines aus der kaspischen Region ans Mittelmeer und nach Europa),
- Fortsetzung der strategischen Zusammenarbeit mit Israel,
- gleichberechtigte Teilhabe an den internationalen Bemühungen zur Neuordnung des Mittleren Ostens einschließlich der Verbesserung der Beziehungen zu wichtigen Staaten der Region (Iran, Syrien, Ägypten),
- Stabilisierung des Post-Saddam-Irak mit dem Ziel der Wahrung der staatlichen irakischen Integrität (kein Kurdenstaat im Nordirak!),
- Ausbau der Beziehungen zu den Republiken Zentralasiens auf realistischer Grundlage (Verabschiedung von türkischer Führungs-/Vormachtstheorien)
- Ausbau der Beziehungen zu wichtigen asiatischen Regionalmächten (China, Indien, Japan, Pakistan).

Diese Interessen stehen grundsätzlich im Einklang mit den strategischen Interessen der EU an einer langfristigen dauerhaften Stabilisierung der Nachbarschaft der Union und der Gestaltung globaler Ordnung. Sie zeigen außerdem, dass die ESVP bei der Wahrnehmung wichtiger sicherheitspolitischer Aufgaben nicht an der Türkei vorbeikommt: Kooperation und Einbindung Ankaras sind wichtige Voraussetzungen für erfolgreiches strategisches Handeln der Europäischen Union in diesen Nachbarregionen. Dabei ist die Sicherung der türkischen Stabilität ein entscheidender Faktor im Kontext regionaler Stabilisierung.

Die potentielle Scharnier- und Brückenfunktion der Türkei für europäische Sicherheitsinteressen fordert die EU heraus, im Zuge der Weiterentwicklung ihrer eigenen Sicherheitsstrategie (Solana-Papier) intensiver als bisher über konkrete Schritte zur engeren An- und Einbindung Ankaras nachzudenken.

In vielen Staaten der weiteren nah-/mittelöstlichen Region wird der türkische Annäherungsprozess an die EU mit Interesse verfolgt. Er dient wichtigen Gruppen in diesen Ländern auch als Indikator für die Bereitschaft der Europäischen Union, mit den islamischen Staaten ihrer Nachbarschaft zu einem fairen Interessenausgleich zu kommen. Wenn die Türkei durch die mit einem EU-Beitritt verbundenen Reformen Modellcharakter für den Modernisierungsprozess islamischer Staaten bekommt, wäre dies eine Chance für die Demokratisierung der gesamten Region.

3. Rechtsstaat Türkei: Menschenrechte und Minderheitenschutz

Seit etwa 1999 vollzieht sich in der Türkei ein grundlegenden Identitäts- und Wertewechsel, wie er von Deutschland aus bisher gar nicht ausreichend wahrgenommen wurde.

In insgesamt 7 Gesetzespaketen sind sehr komplexe und tiefgehende Gesetzes-, Gesellschafts- und Staatsreformen erreicht worden, die zu einer sehr dynamischen zivilen Entwicklung der Türkei führten. Das Verhältnis von Bürger und Staat erfährt einen grundsätzlichen Wertewechsel, der weit über eine nur oberflächliche Veränderung oder gar Kosmetik im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft hinausgeht. Die Abschaffung der Todesstrafe, die Verbesserung des Vereinsrechtes, der Umbau des Justizapparates und die Verbesserung der Ausbildungen, z.B. der Polizei, sind nur einige Stichpunkte.

Trotzdem bleiben noch deutliche Defizite bei der Umsetzung von Menschenrechten und Minderheitenrechten, besonders im Bereich der staatlichen Verwaltungen. Zwar hat die türkische Regierung auf allen Ebenen staatliche Kontrollinstanzen geschaffen, ob diese allein die Verstöße gegen Bürgerrechte in staatlichen Stellen ausreichend kontrollieren können, wird insbesondere von den Menschenrechtsorganisationen bezweifelt. Sie fordern staatlich unabhängige Kontrollmechanismen.

Dieser grundlegende Transformationsprozess hat sich mit dem Wahlsieg der AKP im Nov. 2002 noch einmal enorm beschleunigt. Das hängt auch damit zusammen, dass die AKP großen Rückhalt in der Bevölkerung genießt. Auch die Menschenrechtsorganisationen bestätigen diesen breiten Rückhalt und werten die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen als Indiz hierfür. Dabei bezieht die AKP heute ihre Regierungsmacht vor allem aus ihrer von der Zivilgesellschaft geteilten Kritik an den verhärteten Strukturen der Kemalisten, die wichtige staatliche Strukturen noch größtenteils bestimmen.

Dazu passt, dass der größte Widerstand gegen die Demokratisierung aus diesen alten Eliten kommt, nicht etwa aus der Wirtschaft oder der breiten Bevölkerung. Bereits Anfang der 90er Jahre haben sich zivilgesellschaftliche Kräfte für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt. Beispiele sind der erste Menschenrechtsbericht von TÜSIAD 1992 und die öffentlichen Demonstrationen für Demokratie und Öffnung aus dieser Zeit. Die jetzigen Reformen erleichtern die weitere zivilgesellschaftliche Entwicklung der breiten Bevölkerung.

Bei einem "Nein" der EU im Dezember ist eher mit einem Rückfall der Türkei in Zustände der frühen 90er Jahre zu rechnen, d.h. mit einem erstarkenden, militärisch orientierten Kemalismus, als mit einer Islamisierung, denn die Europaorientierung verstärkt und legitimiert die innenpolitischen Veränderungsprozesse. Die EU war 40 Jahre lang

wichtiger Orientierungspunkt der türkischen Politik. Der durch den Kandidatenstatus ausgelöste Reformschub hat bereits zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen geführt. Der Verlust der EU-Perspektive könnte zu einer tiefen Identitätskrise der Türkei führen.

Trotzdem müssen die bestehenden Defizite besonders bei der Implementierung der umfangreichen Gesetzesreformen klar benannt werden. Insbesondere in Bezug auf die Minderheitenrechte der Kurden und im Bereich der Medienfreiheit bleibt viel Kritik. Die staatliche Missachtung der Rechte der Kurden stellen dabei eine besondere Härte im Umgang des türkischen Staates mit ihren Bürgern dar. Hier zeigen sich noch vorhandene Defizite bei Gewährung und Schutz von Menschenrechten und Minderheitenrechten besonders deutlich. Auch Repressionen gegen Menschenrechtsvereine sind weiter zu beobachten. Das kann in der Beurteilung der EU nicht übersehen werden. Auch die zivile Kontrolle des Militärs ist noch nicht vollständig gelungen, aber durch etliche Gesetzesänderungen deutlich verbessert.

Eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen kann dabei, wie auch schon bei anderen Beitrittsländern, als demokratisch stabilisierendes Element verstanden werden, die ihre Signalwirkung in der gesamten Region entfalten könnte.

4. Wirtschaftspartner Türkei: Ökonomisches Potential, Wirtschaftsverfassung und EU-Anforderungen

(Die Expertentagung zu diesem Thema findet am 3. September 2004 in Berlin statt)

Hinweise

Die gesamte Veranstaltungsreihe wurde konzipiert und organisiert von der **Südosteuropa-Gesellschaft in München** www.suedosteuropa-gesellschaft.com unter der wissenschaftlichen Leitung von Vizepräsidentin Uta Zapf, MdB und der organisatorischen Leitung von Geschäftsführer Dr. Hansjörg Brey. Südosteuropa-Gesellschaft, Widenmayerstr. 49, 80538 München, tel. 089/2121540, fax 089/2289469.

Kooperierend wirkten mit: die **Friedrich-Ebert-Stiftung**, www.fes-berlin.de, die **Bundesakademie für Sicherheitspolitik, BAKS**, www.baks.bund.de, die **Europäischen Akademie Berlin**, www.eab-berlin.de und die **Körper-Stiftung**, www.stiftung.koerber.de.

Berichte über alle Veranstaltungen werden veröffentlicht in den **Südosteuropa Mitteilungen**, zu beziehen unter: www.suedosteuropa-gesellschaft.com.

Im Heft 2004/Nr. 1 - 44. Jhg der Südosteuropa Mitteilungen zum Schwerpunkt Türkei finden sich die folgenden Analysen zum Thema:

- Die deutschen Interessen an einer festen Verankerung der Türkei in den Strukturen des geeinten Europas (Lieselore Cyrus)
- Laizismus in der Türkei – Trennung von Staat und Religion? (Günter Seufert)
- Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei (Heinz Kramer)
- Die türkische Kurdenpolitik im Kontext des EU-Beitrittsprozesses und der Kopenhagener Kriterien (Gülistan Gürbey)
- Türkische Wirtschaft auf Stabilisierungskurs (Siegfried Schultz)
- Die türkische Sicherheitspolitik in einem unsicheren Raum (Çiödem Akkaya/Caner Aver)

Die nächste Veranstaltung zum Thema **“Wirtschaftspartner Türkei”** wird am 03.09.04 in Zusammenarbeit mit der Körper-Stiftung in Berlin stattfinden.